

## Tränen gab es nur einmal

Wie Merkels Bürgerdialog bundesweit bekannt wurde

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Bis zum 15. Juli war der Bürgerdialog, der bald auch in Nürnberg startet, eine Sache für Insider. Dann erhöhte sich sein Bekanntheitsgrad schlagartig. Der Grund: ein weinendes Mädchen und eine streichelnde Kanzlerin.

NÜRNBERG – Reem musste weinen. Gerade hatte das 14-jährige Mädchen palästinensischer Abstammung der Bundeskanzlerin in einer zum TV-Studio für den Bürgerdialog umfunktionierten Turnhalle in Rostock knapp und bewegend ihre Lebensgeschichte erzählt – da fing die Tränen an zu laufen bei der Sechstklässlerin.

Worauf Angela Merkel auf das Mädchen, dessen Familie die Abschiebung droht, zuging und es in einer etwas unbeholfen, aber gerade deswegen recht glaubwürdig wirkenden Geste streichelte. „Du bist ein unheimlich sympathischer Mensch“, sagte die Kanzlerin zu Reem, um ihr dann zu erklären, dass sie wohl doch nicht damit rechnen können, ihren größten Wunsch zu verwirklichen – „ich würde so gerne in Deutschland studieren“, hatte Reem gesagt und ergänzt: „Es ist ungerecht, dabei zuzusehen, wie andere das Leben genießen können und man das selber nicht so machen kann.“

### Reem darf nun doch bleiben

Das war jene Szene, die den Bürgerdialog bundesweit bekannt machte – und die sogar politische Folgen hatte: Nach Reems Auftritt forderten Politiker bessere Bleibe-Chancen für gut integrierte, vor der Abschiebung stehende Flüchtlinge. Und am Freitagabend kam die Meldung, dass Reem und ihr Vater ein solches befristetes Aufenthaltsrecht bekommen.

Das Format „Bürgerdialog“ entstand aus dem im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben, nach der etwas komplexen Untersuchung einer Bundestags-Kommission (siehe gelben Kasten unten) auch auf andere, bürgernähere Art zu erfassen, was denn die Deutschen unter einem „guten Leben“ verstehen. „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ heißt das Experiment exakt, zu dem Merkel und ihr Vize Sigmar Gabriel im April den Startschuss gaben.

Auf über 100 Veranstaltungen suchen seitdem Multiplikatoren, Minister und gelegentlich auch die Kanzlerin den Dialog mit vorher ausgewählten Bürgern. Merkel absolvierte bereits einen solchen Termin in Berlin, dann eben den besagten Auftritt in Rostock und vor zwei Wochen ein Gastspiel im Duisburger Stadtviertel



Eine Szene, die viele bewegte: Die 14-jährige Palästinenserin Reem weinte bei ihrer Begegnung mit Kanzlerin Angela Merkel. Foto: dpa

Marxloh, der als „sozialer Brennpunkt“ für Schlagzeilen gesorgt hat. Als ihren letzten Termin in der Reihe, die mit dem Oktober zu Ende geht, nimmt die Regierungschefin nun den Bürgerdialog in Nürnberg wahr.

Danach macht sich ein ganzer Stab von Experten unter wissenschaftlicher Begleitung an die Auswertung dessen, was bei all den Dialog-Veranstaltungen und darüber hinaus beim Abfragen von Bürger-Ansichten online herausgekommen ist. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen dann in ein „Indikatoren-System“ münden, mit dem künftig die Lebensqualität in Deutschland konkret gemessen werden soll.

Zusammengeschnürt wird dieses Wissen um die Wünsche und Ziele der Bürger 2016 in einem Bericht der Bundesregierung „zu Stand und Entwicklung der Lebensqualität in Deutschland“. Und danach soll ein „Aktionsplan“ ausgearbeitet werden, um eben diese Lebensqualität zu verbessern.

Das mag banal klingen. Es ist aber insofern durchaus neu, als sämtliche bisherigen Mess-Kriterien für den Zustand eines Landes rein ökonomischer Art waren (und weitgehend auch noch sind): Wie viele Arbeitslose

gibt es? Wie stark wächst die Wirtschaft? Wie ist der Reichtum, wie die Armut verteilt?

Was dabei nie ins Auge gefasst wurde, war die Zufriedenheit der Menschen mit ihrer Lage. Der ausschließliche Blick aufs Wachstum verstellt diese Sicht, ja verzerrt sie teils sogar: Denn das Bruttoinlandsprodukt steigt zum Beispiel auch dadurch, dass nach einem Verkehrsunfall ein neues Auto gekauft wird oder beschädigte Wagen repariert werden und dass mögliche Opfer im Krankenhaus betreut oder operiert werden – rein quantitativ ein Beitrag zum BIP, weil die Bilanzen von Autohersteller, Reparaturwerkstatt oder Klinik ein Plus verzeichnen. Das Unfallopfer dagegen wird so ein wachstumsschaffendes Ereignis ganz anders bewerten – für die Lebensqualität gewiss negativ.

### Eher weiche Faktoren

So zählen bei den bisherigen Bürgerdialogen und im Internet auch die bisher „weich“ genannten Faktoren zu den am meisten diskutierten Themen: Gesundheit, Umwelt, Bildung, soziales Zusammenleben. Darauf will die Regierung mehr Wert legen – laut der Absicht des Bürgerdialogs jedenfalls.

## Zwei knappe Fragen

So bewerben Sie sich für den Bürgerdialog

30 Leserinnen und Leser dieser Zeitung werden am Bürgerdialog mit Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnehmen. Bewerben können sie sich mit knappen Antworten auf zwei Fragen. Hier die Details, wie man bei der Begegnung dabei sein kann.

NÜRNBERG – Wer mit der Regierungschefin darüber diskutieren will, wie „gutes Leben“ in Deutschland und die Zukunft dieser Republik aussehen könnten, der muss dazu knappe Antworten auf folgende zwei Kernfragen des bundesweit laufenden „Bürgerdialogs“ geben:

- 1) Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?
- 2) Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?

Das sind die vom Bundeskanzleramt vorgegebenen Fragen. Erbeten werden von der Regierung und den Wissenschaftlern, die das Projekt auswerten, knappe, prägnante Antworten in wenigen Sätzen – also keine Aufsätze oder lange Abhandlungen.

### Keine lokalen Themen

Es geht dabei also auch ausdrücklich nicht um spezifische Nürnberger Probleme oder regionale Themen, mit denen die Bundeskanzlerin zwangsläufig auch nicht im Detail vertraut ist, sondern um Konzepte und Ideen für eine lebenswerte Zukunft des Landes.

Der Bürgerdialog richtet sich zudem ausdrücklich nicht an Repräsentanten des öffentlichen Lebens wie Mandatsträger: Gefragt sind vor allem „normale“ Bürgerinnen und Bürger und ihre Meinungen.

Natürlich können sich auch Leserinnen und Leser der Heimatzeitungen

beteiligen – denn beim „Bürgerdialog“ sollen nicht nur Nürnberger zu Wort kommen. Interessenten müssen wissen: Es gibt am Vormittag der vom Bundeskanzleramt verantworteten und organisierten Veranstaltung voraussichtlich von 9.30 bis 11.30 einen Workshop zur Vorbereitung des eigentlichen Treffens: Die Teilnahme daran ist verbindlich.

Wer also dabei sein möchte, der sollte sich, wenn möglich, den ganzen Tag frei halten. Der „Bürgerdialog“ selbst findet am frühen Nachmittag statt, von 13 bis 15 Uhr. Ort ist der repräsentative Eppelein-Saal der Nürnberger Jugendherberge auf der Kaiserburg.

Wer nicht zu den 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählt, die unsere Redaktion auswählt oder (je nach Anzahl der Bewerbungen) auch auslost, der hat darüber hinaus die Möglichkeit, übers Internet am Bürgerdialog teilzunehmen. Unter [www.gutleben-in-deutschland.de](http://www.gutleben-in-deutschland.de) gibt es zum einen jede Menge Informationen über das gesamte Projekt. Zum anderen kann man auch online die beiden Kernfragen des Bürgerdialogs beantworten; Tausende von Antworten sind auf der Seite bereits nachzulesen. aj

Wer dabei sein möchte am Montag, 26. Oktober, der schickt seine Antworten auf die beiden Fragen bis zum 21. September samt seiner Adresse und Mail-Adresse bitte an die E-Mail-Adresse

[nn-leserforum@pressenetz.de](mailto:nn-leserforum@pressenetz.de)  
Betreff: Bürgerdialog  
oder per Post an:  
Nürnberger Nachrichten  
Chefredaktion  
Betreff: Bürgerdialog  
Marienstraße 9-11  
90327 Nürnberg

## Mehr als bloß Wachstum messen

Gutes Leben ist mehr als nur Wachstum: Das ist die Idee, die hinter Aktionen wie dem Bürgerdialog der Regierung steckt.

Das Himalaya-Königreich Bhutan hat das Glück sogar in seiner Verfassung verankert: Seit 2008 misst dieser Staat alljährlich sein „Bruttonationalglück“ – ein Begriff, ganz bewusst angelehnt ans rein ökonomische „Bruttoinlandsprodukt“. Dieses BIP taugt nicht mehr als Indikator dafür, wie gut es einem Land und seinen Bürgern gehe – diese Erkenntnis, entstanden in grün-alternativen Kreisen, schlägt seit einigen Jahren immer höhere Wellen.

Auch etliche Regierungen machten sich daran, andere Maßstäbe an den Zustand ihres Landes anzulegen als nur wirtschaftliche. Der Bundestag setzte in der vergangenen Legislatur eine „Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ein: Abgeordnete und Wissenschaftler erarbeiteten einen umfangreichen und entsprechend wenig gelesenen Abschlussbericht. Ein Ergebnis dieser Kommission war eben der nun laufende Bürgerdialog, der direkter und auch knapper Wünsche und Befindlichkeiten der Menschen registrieren soll.

### „Glücksforscher“ am Werk

„Glücksforscher“, wie etwa der Nürnberger Volkswirtschaftler Karlheinz Ruckriegel, begrüßen diesen Trend. Sie argumentieren: Menschen legen gerade in eher wohlhabenden Nationen wie Deutschland mehr Wert auf nicht materielle Dinge. Wie es um Glück und Zufriedenheit steht – das aber erfasst bisher keine Statistik. aj

## Die wahren Schuldigen

Europas Flüchtlingspolitik kostet Menschenleben

VON MARTIN DAMEROW

Diese Bilder lassen einen nicht mehr los: Verängstigte Menschen, die sich in Budapest zu Tausenden in einen Zug quetschen. Familien mit Kindern, die sich auf dem Bauch robbend durch Rollen von Nato-Draht kämpfen. Ein kleiner Junge, der tot mit dem Gesicht nach unten am Strand liegt.

Europa zeigt seine hässliche Fratze. Die Botschaft: Asylsuchende sind hier nicht willkommen. Die EU schützt sich vor ihnen mit Mauern und Stacheldraht, mit Drohnen und Wärmebildkameras, mit Hubschraubern, Satelliten und Paragrafen.

„Politisch Verfolgte genießen Asyl“, heißt es im Artikel 16a des Grundgesetzes. Es fehlt eigentlich der zynische Zusatz: „Sofern sie es wider Erwarten schaffen, deutschen Boden zu betreten.“ Doch dieser Zusatz war bislang nicht nötig, da das Dublin-Verfahren dafür sorgte, dass sich andere um die Hunderttausenden Hilfesuchenden kümmern mussten – nämlich jene Staaten, welche die EU-Außengrenze bilden, allen voran Griechenland, Italien und Spanien.

### Außer Kontrolle

Sie wurden so lange mit dem Problem alleine gelassen, bis es außer Kontrolle geriet. Selbst als der Krieg in Syrien schon zwei Jahre tobte und die Flüchtlingszahlen anschwellen, klammerten sich die politischen Entscheider krampfhaft an Dublin II. 2013 kamen europäische Spitzenpolitiker zusammen, um über andere Wege zur Flüchtlingsaufnahme zu reden. Ein Staat wehrte sich besonders gegen eine Reform, die die Front-Staaten entlasten sollte: Deutschland, damals regiert von Schwarz-Gelb.

Schon klar: Es war das Land, welches vom Dublin-Verfahren am meisten profitiert hat, weil es sich dank dieses Vertrags nur vergleichsweise wenig mit Asylsuchenden herumärgern musste. Also wurde auf deutschen Druck ein System zementiert, das von Beginn an falsche Anreize setzte. Denn das Dublin-Werk bestraft das Land, das es nicht schafft, seine Grenzen

für Flüchtlinge dichtzumachen. Die Auswüchse jener Politik sind in Südspanien oder Ungarn zu sehen, die sich immer mehr einigeln.

Und dann ist da noch das Mittelmeer, Europas Puffer zum Elend in Afrika und Nahost. Wie viele Menschen bei dem Versuch ertrunken sind, durch eine Überfahrt europäischen Boden zu erreichen, kann niemand genau beziffern. Es sind aber mit Sicherheit Tausende. Sie wählen diesen Weg nicht, weil sie leichtsinnig sind. Sie tun es, weil sie keine andere Wahl haben.

### Flucht aus der Todesfalle

Wer heute in Syrien lebt, muss jeden Tag fürchten, von Regierungstruppen, Aufständischen oder Terroristen des Islamischen Staates umgebracht zu werden. Das Risiko eines raschen Todes ist recht hoch. Die Chancen, Europa lebend zu erreichen, stehen etwas besser. Deswegen sind Millionen Syrer mit ihren Kindern auf der Flucht.

Doch sie haben eine hohe Hürde zu überwinden: Die Dublin-Doktrin sorgt dafür, dass sie ihr international verbrieftes Recht auf Schutz vor Verfolgung nur wahrnehmen können, wenn sie nationales Recht brechen und illegal nach Europa einreisen. Schlepper zocken sie ab und lassen sie im Zweifelsfall absaufen oder ersticken. Dass es dazu kommt, ist nicht zuletzt eine Folge der europäischen Flüchtlingsrichtlinien. Zugespitzt bedeutet das: das Dublin-Verfahren tötet.

So darf es nicht weitergehen. Europa muss sich verabschieden von dieser unmenschlichen Politik, die Kindern wie den kleinen Aylan das Leben kostet, der am Strand von Bodrum angespült wurde.

Sollte die EU umdenken und Hilfesuchenden etwa gestatten, Asyl in Auslandsvertretungen zu beantragen und ihnen damit die lebensgefährlichen Passagen zu ersparen, werden einige sagen, dass Aylan nicht ganz umsonst gestorben ist. Sie haben unrecht. Sein Tod hätte niemals passieren dürfen, unter gar keinen Umständen. Die Politik hat ihn auf dem Gewissen.

## Geschichte, weggebombt

Warum der IS Kultur zerstört und gestoppt werden muss

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Eine Katastrophe spielt sich vor aller (Kamera-)Augen ab: Die Terroristen des IS filmen sich dabei, wie sie nach Ninive, nach Nimrud, nach christlichen Klöstern jetzt die antiken Stätten der syrischen Stadt Palmyra zerstören – und Satelliten belegen mit Luftaufnahmen den unwiederbringlichen Verlust solcher Schätze (Seite 4).

Die selbst ernannten Gotteskrieger töten massenweise Männer, Frauen, Kinder oder auch den Chefarchäologen von Palmyra, sie verklaven, vergewaltigen, foltern. Sie zerstören und vernichten aber nicht nur Leben, sondern auch die Spuren von früherem Leben. Von einem Leben, das ihrem Steinzeit-Weltbild widerspricht, weil es bunt, vielfältig, multireligiös, streitbar und kreativ war: Die Stadt Palmyra galt in der Antike als blühende Metropole, in der sich Glaubensrichtungen und Religionen gegenseitig be-

fruchteten. Das tat ja lange auch jener Islam, den die Dschihadisten nun pervertieren: Es waren gerade Muslime, die Wissenschaft und Kultur zur Blüte und nach Europa brachten – durch Austausch, nicht durch Isolation und Abschottung.

Es sind diese Wurzeln, auch ihrer eigenen Geschichte, die jene Barbaren nun ausradieren wollen: Für sie soll es am besten gar keine Erinnerung mehr geben an Zeiten vor ihrem anti-aufklärerischen Regime.

Das ist zwar der blanke Wahnsinn in der informationsüberfluteten Internet-Ära, die ja auch der IS nutzt zur Verbreitung seiner Propaganda – aber es scheint Wahnsinn mit Methode. Höchste Zeit, ihm endlich auch mit Methode in die Parade zu fahren: Putins Ansatz, eine Allianz gegen den IS zu schmieden, muss geprüft werden. Nur mit Moskau ist ein Ausweg aus dem syrischen Chaos zu finden.

## Friede auf den Straßen? Nie!

Wir leben in vorrevolutionären Zeiten. Die Bewohner Erlenstegens, Mögeldorf und des Erlanger Bergs müssen jetzt nicht gleich erschrecken und über die Anschaffung eines Dutzends neuer Videokameras oder den Umbau ihres Garten-Pools zur Bunkeranlage nachdenken. Die Revolution, die uns bevorsteht, wird keine politische, sondern eine technische sein. Wieder einmal.

Welche technische Innovation unsere moderne Gesellschaft am meisten geprägt hat, darüber kann man lange streiten. Zum engsten Favoritenkreis gehören in jedem Fall das Automobil und der Computer. Seit längerem finden Kreuzungsversuche zwischen den beiden Produkten statt, die immerhin schon so weit erfolgreich waren, dass mittlerweile nur noch per Computerdiagnostik festgestellt werden kann, warum die Sch...karre nicht mehr ordentlich läuft. Früher genügte das absolute Gehör eines erfahrenen Kfz-Mechanikers und es war klar: „Des is des Drucklager.“

Doch die Vercomputerisierung des Autos geht weiter. Die Zukunft, heißt es, gehört dem automatisierten Fahren. Das hat jetzt erst wieder der Präsident des Verbands der Automobilindustrie, Matthias Wissmann, behauptet. Wissmann versteht was von Automatisierung. Automatischer als er ist noch niemand vom Bundesverkehrsminister zum Chef-Lobbyisten der Autobranche befördert worden.

Trotzdem kann man sich schlecht vorstellen, dass demnächst deutsche Autofahrer ihr Fahrtziel in einen Computer eintippen und danach vollständig tiefenentspannt in ihrem Sitz fläzen. Die damit zwangsläufig verbundene Friedfertigkeit würden viele nervlich nicht durchstehen. Aber auch dafür gäbe es Lösungen. Zum Beispiel ein Computerprogramm, das Drängeln, permanente Spurwechsel, konsequentes Nicht-Blinken und Parken in zweiter Reihe draufhat. Wahrscheinlich bastelt schon irgend so ein Entwicklungsrevolutionär dran.

HANS-PETER KASTENHUBER

DIE GLOSSE

Ganz nebenbei...